



Suchergebnisse: Erklärung

24. Oktober 1307 – 230 Tempelherren gestehen unter der Folter Unglaubliches

Paris * Der Großmeister des Templerordens, Jakob von Molay, bestätigt die Erklärungen des Präzeptors der Normandie, Gottfried von Charneys, und des Generalvisitors der Templer, Hugo von Pairauds. Darin haben sie und rund 230 Tempelherren - unter der Folter - zugegeben, dass sie Jesus Christus leugnen und ihn für einen falschen Propheten halten, der für seine Verfehlungen und nicht für die Erlösung der Menschen gestorben ist, dass sie bei ihren Zeremonien auf das Kreuz spucken, es mit Füßen treten und drauf urinieren, dass sie nicht an die Sakramente glauben und die Priester des Ordens bei der Messe die Weiheformel vergessen, dass die Meister und Würdenträger, obgleich Laien, den Brüdern die Absolution für ihre Sünden erteilen, dass sie obszöne Praktiken und Homosexualität leben, dass die Brüder durch jede nur mögliche Praxis zur Bereicherung des Ordens beitragen müssen, dass sie sich des Nachts im Geheimen versammeln und dass jede Enthüllung im Kapitel bestraft wird, bis hin zur Todesstrafe.

4. Juli 1776 – Die amerikanische Unanhängigkeitserklärung

USA * Dreizehn britische Kolonien in Amerika unterzeichnen die Unanhängigkeitserklärung.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch



Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

16. März 1795 – Der freie Getreidehandel wird nicht aufgehoben

München * Trotz der unübersehbaren Unruhe unter der Bevölkerung lehnt Kurfürst Carl Theodor in einer landesherrlichen Erklärung die Aufhebung des freien Getreidehandels ab.

11. Februar 1803 – Bischof Colloredo unterzeichnet die Abdankungserklärung für Salzburg

Wien - Salzburg * Der im Wiener Exil lebende Salzburger Erzbischof Hieronymus Franz de Paula Graf von Colloredo unterzeichnet die Abdankungserklärung und ruft seine Salzburger Untertanen auf, „dem neuen Herrn [...] die Treue und Anhänglichkeit künftig fort zu bewahren“. Vom selben Tag stammt die Besitzergreifungsurkunde für Salzburg des Großherzogs Ferdinand III. von Toskana.

23. Mai 1803 – England erklärt Frankreich den Krieg

London - Paris * Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg. Die Kriegserklärung geht zwar von England aus, aber Napoleons Hegemonialpolitik hat stark zum Ausbruch des Krieges beigetragen.

20. Januar 1808 – Die Landesfreiheitserklärung wird aufgehoben

München * Die Landesfreiheitserklärung, die das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn bestimmt, wird aufgehoben.

24. Juni 1812 – 30.249 bairische Soldaten beim Russlandfeldzug



Russland * Mit der Überschreitung der Memel durch die französische Armee beginnt - ohne Kriegserklärung - der Russlandfeldzug. Unter den 450.000 Soldaten der Großen Armee befinden sich 30.249 bayerische Soldaten, die von den Generälen Carl Philipp Joseph von Wrede und Bernhard Erasmus von Derooy kommandiert werden.

14. Oktober 1813 – Bayern erklärt Frankreich den Krieg

München - Paris * Das Königreich Bayern erklärt Frankreich den Krieg.

15. September 1821 – Die Tegernseer Erklärung beendet einen langwierigen Streit

Tegernsee * Mit der Tegernseer Erklärung wird ein langwieriger Streit zwischen der bayerischen Regierung und der katholischen Kirche ein Ende gesetzt. König Max I. Joseph erklärt darin, dass das Konkordat als Staatsgesetz angesehen und vollzogen werden wird.

1. November 1821 – Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel wird zum Bischof geweiht

Tegernsee * Nachdem der Streit zwischen Staat und Kirche mit der Tegernseer Erklärung ausgeräumt werden konnte, kann Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel zum Bischof geweiht werden.

1. November 1827 – Die Franziskaner kehren nach München zurück

München-Lehel * Mit der religiösen Restauration unter König Ludwig I. werden insgesamt 132 klösterliche Konvente in Bayern ins Leben gerufen. Jetzt kehren auch die Franziskaner nach München zurück. Gegen den Willen vieler Zeitgenossen und in völliger Verklärung der seinerzeitigen Ereignisse genehmigt König Ludwig I., „[...] eingedenk, dass Mitglieder dieses Ordens Unseren erhabenen Vorfahren Kaiser Ludwig den Bayer zu einer Zeit vertheidigt haben, in welcher dies mit größter Gefahr verbunden war“, die Niederlassung dieses Ordens im Lehel.

Am Allerheiligentag fahren die Franziskanermönche in sechs Wagen von Schwabing zur Sankt-Anna-Kirche im Lehel. „An der Brücke vor dem Kloster, wo bereits eine große Menschenmenge versammelt war, wurden sie vom Bürgermeister [...] und anderen Herren empfangen und unter Voraustretung der Laienbrüder [...] bis zur Türe der Pfarr- und nunmehr auch Klosterkirche geführt. Hier erwartete sie Stadtpfarrer Schuster und begleitete sie an den



Choraltar. [...] Die ganze, sehr religiöse Feierlichkeit, wobei die Kirche bis zum Erdrücken angefüllt war, [...] wurde mit dem Te Deum beschlossen.“ Damit ist das Anna-Kloster im Lehel das Hauptkloster der wieder neu aufblühenden bayerischen Franziskanerprovinz. Seither befindet sich auch die Oberarm-Reliquie des heiligen Antonius in der Anna-Klosterkirche.

6. März 1848 – Die Minister wollen eine Weiterentwicklung der Verfassung

München * König Ludwig I. kündigt in einer vom Leitenden Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein verfassten Proklamation Verbesserungen in all den von den Bürgern geforderten Punkten an. Auch die Minister halten die Forderungen für berechtigt und plädieren für eine Weiterentwicklung der Verfassung - und damit für mehr Rechte des Parlaments. Keiner tritt für die Beibehaltung der ludovizianischen Politik ein. Die weitreichenden Zugeständnisse des Königs kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

4. Juni 1848 – Eine Absichtserklärung zur Rechtspflege

München-Kreuzviertel * Im Artikel 1 des Grundlagengesetzes wird erklärt: „Die Rechtspflege soll von der Verwaltung, selbst in den untersten Behörden, gänzlich getrennt werden“. Es dauert jedoch bis zum 10. November 1861, bis der verkündete Grundsatz verwirklicht wird.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.



19. Juli 1870 – Frankreichs Kaiser Napoleon III. erklärt Preußen den Krieg

Paris - Berlin • Die französische Kriegserklärung trifft in Berlin ein. Kaiser Napoleon III. tritt die Flucht nach vorne an und erklärt - überstürzt und ohne außenpolitische Rückendeckung - Preußen den Krieg. „Nach Berlin!“ heißt der Schlachtruf und Marschall Leboeuf erklärt: „Frankreich ist bereit. Die preußische Armee existiert nicht. Ich kenne sie nicht!“ Da nun aber Preußen der angegriffene Staat ist, werden - für Frankreich völlig unerwartet - die süddeutschen Länder Bayern, Baden und Württemberg als Verbündete Preußens mit in den Krieg ziehen.

Mai 1871 – Die Münchner Pfingsterklärung wird verfasst und unterschrieben

München * In einer Zusammenkunft bei Ignaz von Döllinger unterschreiben dreißig Gegner der neuen Dogmen der römisch-katholischen Kirche die „Münchner Pfingsterklärung“, in der sie die gegen sie verhängten Maßregelungen als ungültig und unverbindlich erklären.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

3. August 1893 – Fahrradkarten werden ausgegeben

München * Fahrradkarten werden ausgegeben. Radfahrer müssen am Lenker ein Nummernschild anbringen. Kinder unter dreizehn Jahren dürfen überhaupt nicht radeln, Jugendliche zwischen dreizehn und achtzehn Jahren sowie Frauen dürfen nur dann den Radschein erwerben, wenn der Vater, der Vormund oder der Ehemann bei der Polizei seine schriftliche Einverständniserklärung abgegeben hat. Im Nebenraum eines Wirtshauses können sie dann den Betrieb des Fahrzeugs erlernen und sich anschließend einer Prüfung unterziehen.

1894 – Die Herkunft der Straßennamen des Franzosenviertels

München-Haidhausen * Der Königlich-bayerische Major a.D., Karl Graf von Rambaldi, beschreibt in seinem Buch „Die Münchner Straßennamen und ihre Erklärung“ - in einer



patriotisch-kriegsverherrlichenden Art und Weise - den Hintergrund der Straßenbenennung in diesem Stadtteil. So erhält beispielsweise die Weißenburger Straße ihren Namen „Zur Erinnerung an das Treffen bei Weißenburg im Elsaß am 4. August 1870, mit welchem die 4. Bayerische Division ‚Bothmer‘ die Operationen der III. deutschen Armee im Kriege gegen Frankreich so glücklich eröffnete. [...] Der Gesamtverlust auf deutscher Seite betrug 91 Offiziere und 1.400 Mann“. Die Wörthstraße erinnert an die Schlacht vom 6. August 1870. Bei Rambaldi liest sich das so: „Heiß war der Kampf, die die Weinberge dicht besetzt haltenden Turkos und Zuaven wehrten sich grimmig: Aber unaufhaltsam war das Vordringen der Deutschen [darunter bayerische Armeekorps]. Der Sieg war mit einem eigenen Verlust von 489 Offizieren und 10.153 Mann erkauft“.

27. September 1895 – Ein Militärverbot für die Bierbude Nr. 3

München-Theresienwiese * Von der Polizei-Kommandantur wird über die Bierbude Nr. 3 ein Militärverbot verhängt. Der Grund ist die Erklärung des Budeninhabers, er werde dem sozialistischen Gewerkschaftsverein für jeden auf der Festwiese gezapften Hektoliter eine Mark spenden.

8. Oktober 1912 – Montenegro erklärt der Türkei den Krieg

Montenegro * Montenegro erklärt - in Abstimmung mit den Bündnispartnern Bulgarien, Serbien und Griechenland - der Türkei den Krieg.

8. Juli 1913 – Serbien und Griechenland erklären Bulgarien den Krieg

Belgrad - Athen - Sofia * Serbien und Griechenland erklären Bulgarien den Krieg.

10. Juli 1913 – Rumänien erklärt Bulgarien den Krieg

Bukarest - Sofia * Rumänien erklärt Bulgarien den Krieg.

28. Juli 1914 – Der Erste Weltkrieg beginnt



Wien - Belgrad * Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien beginnt der Erste Weltkrieg.

28. Juli 1914 – Suche nach überzeugenden Argumenten

Berlin - Wien * Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bemüht sich inzwischen halbherzig, die Wiener Regierung von ihrem harten Kurs abzubringen. Er ist zwar von der „Unvermeidbarkeit“ eines Großen Krieges überzeugt, will aber gegenüber der Öffentlichkeit den Nachweis führen, dass die Aggression von Russland ausgeht. Denn, so Bethmann Hollweg in einem Schreiben an die K.u.K.-Regierung, ein europäischer Krieg lässt sich ohne Zustimmung der Bevölkerung nicht führen, weshalb es „eine gebieterische Notwendigkeit [ist], dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts [...] unter allen Umständen Russland trifft“. Die Mahnung verhallt ungehört, weil gleichzeitig der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem österreichischen Kollegen Conrad von Hötzendorf versichert, dass Deutschland selbstverständlich den österreichisch-ungarischen Kriegskurs unterstützen wird.

28. Juli 1914 – Österreich-Ungarn erklärt dem Königreich Serbien den Krieg

Wien - Belgrad * Österreich-Ungarn erklärt dem Königreich Serbien den Krieg und lässt noch am gleichen Tag seine Truppen aufmarschieren. Damit verschärft sich die internationale Lage in rasanter Geschwindigkeit und mache aus der österreichisch-serbischen Krise einen europäischen Flächenbrand.

30. Juli 1914 – Russland erklärt die Generalmobilmachung

Moskau * Zar Nikolaus II. wird von seinem Außenminister zur Generalmobilmachung überredet. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten am Nachmittag: „Der russische Botschafter hat dem Grafen Berchtold die Mitteilung gemacht, dass die russische Regierung eine bindende Erklärung, die Neutralität zu wahren, nicht geben kann. Infolgedessen steht die allgemeine Mobilisierung der österreichischen Armee innerhalb der nächsten Tage zu erwarten.“ Damit ist der entscheidende Schritt zum Großen Krieg getan und ein Schuldiger gefunden. Denn zu diesem Zeitpunkt ging es nur noch um die Frage, welche Macht als Erste mobilmachen würde. Sämtliche nun folgenden politischen Aktivitäten der beteiligten Regierungen sind ausnahmslos darauf ausgerichtet, der jeweils anderen Seite die Schuld an der kommenden Katastrophe



zuzuschieben. Die Öffentlichkeit soll erkennen und davon überzeugt werden, dass man zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden ist. Und Russland hat damit - aus deutscher Sicht - eindeutig und zweifelsfrei seine Bereitschaft zum Krieg gezeigt.

31. Juli 1914 – Deutschland fordert von Russland die Einstellung der Mobilmachung

Berlin - Petersburg - Paris * Die deutsche Regierung teilt Russland mit, dass sie ein Vorgehen gegen Österreich nicht unbeantwortet lassen würde und fordert von Russland ultimativ die Einstellung der Mobilmachung. Zudem verlangt Kaiser Wilhelm II. von Frankreich eine Neutralitätserklärung im Fall eines bewaffneten Konflikts.

31. Juli 1914 – Ausfuhrverbot von Futtermitteln, Tieren und anderer Waren

Berlin * Gleichzeitig mit der Kriegserklärung erlässt der deutsche Kaiser das „Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln aller Art ins gegnerische Ausland“. Damit dürfen nur noch neutrale und die verbündeten Länder Österreich, Ungarn und Türkei sowie die deutschen Truppen im Ausland mit Bier beliefert werden. Das Versandbuch der Paulanerbrauerei macht diese Krise des Exportes deutlich sichtbar. Erst nach beiden Weltkriegen können die Münchner Brauereien in den 1970er Jahren wieder Exportzahlen wie um 1900 erzielen.

1. August 1914 – Der Bundesrat stimmt für die Kriegserklärung an Russland

München-Kreuzviertel - Berlin * Der Bayerische Ministerrat führt einen einstimmigen Beschluss zur Frage herbei, wie sich Bayern im Bundesrat zur Kriegserklärung an Russland verhalten soll. Entsprechend ermächtigt stimmt der Bundesratsbevollmächtigte - wie alle anderen deutschen Länder - der Kriegserklärung an Russland ohne jede Diskussion zu. Die dazu notwendigen Gesetze und Verordnungen nimmt der Ministerrat sogar ohne nähere Kenntnis der Inhalte an.

1. August 1914 – Lügen für die These vom deutschen Verteidigungskrieg

München * Eine Zeitungs-Extraausgabe erscheint, in der es heißt, dass russische Patrouillen noch vor der Kriegserklärung auf deutsche Soldaten geschossen und französische Flugzeuge Bomben in der Umgebung von Nürnberg abgeworfen haben. Bei beiden Meldungen handelte es sich um Lügen, die einzig und alleine den Zweck erfüllen sollen, die Feinde in der deutschen



Öffentlichkeit als Aggressoren und Angreifer darzustellen und damit die These vom deutschen Verteidigungskrieg zu erhärten.

1. August 1914 – Kaiser Wilhelm II. erklärt Russland den Krieg

Berlin * Am Nachmittag versammelt sich vor dem Berliner Schloss eine große Menschenmenge. Spannung liegt in der Luft. Man wartet nicht mehr auf die Erhaltung des Friedens, sondern auf die Erklärung des Krieges. Gegen 17:30 Uhr ordnet Kaiser Wilhelm II. für das Deutsche Reich - mit Ausnahme von Bayern - die Mobilmachung an und erklärt gleichzeitig Russland den Krieg. Damit geht der Oberbefehl über die bayerischen Truppen auf das Kaiserreich über. Wilhelm II. erklärt: „Ich bin gezwungen, zur Abwehr eines durch nichts gerechtfertigten Angriffs das Schwert zu ziehen und mit aller Deutschland zu Gebote stehenden Macht den Kampf um den Bestand des Reiches und unserer nationalen Ehre zu führen“. Die Menge singt anschließend Nun danket alle Gott und Extrablätter verbreiten die Generalmobilmachung.

3. August 1914 – Deutschland erklärt Frankreich und Belgien den Krieg

Berlin - Paris - Brüssel * Deutschland erklärt Frankreich und Belgien den Krieg.

4. August 1914 – Die „Kriegskredite“ werden auch von der SPD bewilligt

Berlin * Mit 96 zu 14 Stimmen beschließt die SPD-Reichstagsfraktion die Bewilligung der Kriegskredite. Hugo Haase, der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Kriegskreditgegner, gibt - gegen seine Überzeugung - die Erklärung ab: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“. Kaiser Wilhelm II. gibt daraufhin seine ebenso berühmte Antwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhafteste Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.



[Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhafte Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

6. August 1914 – Serbien erklärt Deutschland des Krieg

Belgrad - Berlin * Serbien gibt seine Kriegserklärung gegen Deutschland ab.

6. August 1914 – Österreich-Ungarn erklärt Russland den Krieg

Wien - Petersburg * Österreich-Ungarn erklärt Russland den Krieg.

7. August 1914 – Montenegro erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

Montenegro * Montenegro erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.

11. August 1914 – Österreich-Ungarn gibt seine Kriegserklärung gegen Frankreich ab

Wien - Paris * Österreich-Ungarn gibt seine Kriegserklärung gegen Frankreich ab.

12. August 1914 – Großbritannien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

London - Wien * Großbritannien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.



12. August 1914 – Montenegro erklärt Deutschland den Krieg

Celinje - Berlin * Montenegro erklärt Deutschland den Krieg.

13. August 1914 – England und Frankreich erklären Österreich-Ungarn den Krieg

London - Paris - Wien * England und Frankreich erklären Österreich-Ungarn den Krieg.

23. August 1914 – Kriegserklärung Japans an Deutschland

Tokyo - Berlin * Kriegserklärung Japans an Deutschland. Japan tritt als Verbündeter der Entente in den Krieg ein.

24. August 1914 – Die Enttäuschung über Japan ist groß

München - Berlin * Zwischen dem 15. und 18. August reisten die Japaner angeblich nach Berlin. Mit großer Enttäuschung nimmt man in München von der Abreise, den japanischen Anschluss an die Entente und die Kriegserklärung an Deutschland zur Kenntnis. „Die Herren hatten feine Witterung oder waren von zu Hause aus gut unterrichtet und ließen bei ihrem schnellen, stillen Abschied nur Vorsicht walten. Japan, das wir stolz als unseren gelehrigen, eifrigen Schüler bezeichneten, das wir bereitwilligste in viele Dinge Einblicke tun ließen, von dem wir, weil es ehemals der Gegner Russlands war, Hilfe oder doch Unterstützung erhofften, steht im Bunde mit England, also auf der Seite unserer Feinde. O deutscher Michel!“

25. August 1914 – Österreich-Ungarn erklärt Japan den Krieg

Wien - Tokyo * Österreich-Ungarn erklärt Japan den Krieg.

28. August 1914 – Österreich-Ungarn gibt eine Kriegserklärung an Belgien

Wien - Brüssel * Österreich-Ungarn gibt eine Kriegserklärung an Belgien.

16. Oktober 1914 – Eine Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches



Berlin * In der Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches heißt es: „Unser Glaube ist, dass für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird.“

2. November 1914 – Russland erklärt der Türkei den Krieg

Petersburg - Konstantinopel * Russland erklärt der Türkei den Krieg.

5. November 1914 – Großbritannien erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg

London - Konstantinopel * Großbritannien erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg.

6. November 1914 – Frankreich erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg

Paris - Konstantinopel * Frankreich erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg.

7. November 1914 – Belgien und Serbien erklären der Türkei den Krieg

Brüssel - Belgrad - Konstantinopel * Belgien und Serbien erklären der Türkei den Krieg.

23. Mai 1915 – Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

Rom - Wien * Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg und tritt als Verbündeter der Entente in die Kampfhandlungen ein.

27. August 1916 – Rumänien tritt der Entente bei und erklärt Wien den Krieg

Bukarest - Wien * Rumänien tritt der Entente bei und erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.

31. Juli 1917 – 400 Matrosen für einen Frieden ohne Annexionen



??? * Auf dem Kriegsschiff König Albert unterzeichnen 400 Matrosen eine Erklärung für einen Frieden ohne Annexionen. Gleichzeitig geben sie ihren Eintritt in die USPD bekannt.

7. Dezember 1917 – Die USA erklären Österreich-Ungarn den Krieg

Washington - Wien * Der amerikanische Kongress beschließt einstimmig die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika an Österreich-Ungarn.

11. Dezember 1917 – Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn verkündet

Washington - Wien * Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika an Österreich-Ungarn wird offiziell verkündet. Im k.u.k. Ministerium des Äußern kann die amerikanische Kriegserklärung jedoch erst am 18. Dezember 1917 in Empfang genommen werden.

18. Dezember 1917 – US-Kriegserklärung von Österreich-Ungarn entgegengenommen

Wien - Washington * Das k.u.k. Ministerium des Äußern nimmt die amerikanische Kriegserklärung vom 11. Dezember 1917 gegen Österreich-Ungarn entgegen.

27. Dezember 1917 – Die Deutschen verhandeln für einen Annexionsfrieden

Brest-Litowsk * Aus den Erklärungen des deutschen Unterhändlers wird deutlich, dass die Deutschen in den Verhandlungen in Brest-Litowsk keinen Verständigungsfrieden wollen, sondern gezielt auf einen separaten Annexionsfrieden hinarbeiten.

19. Januar 1918 – Weitreichende Zusagen an den Wiener Arbeiterrat

Wien * Angesehene österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler rufen die Streikenden zur Mäßigung auf und verhandeln mit der Regierung in Wien Verbesserungen aus. Der k.u.k.-Minister des Äußern, Graf Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, überreicht einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu



lassen. Ministerpräsident Ernst von Feuchtenegg sagt Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu.

20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet

Wien * Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindruckt lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

21. Januar 1918 – Aufruf zum Brennesseln sammeln

München * Mit Plakaten wird aufgefordert, Brennesseln zu sammeln. Die Pflanze, so heißt es, kommt der Baumwolle am nächsten, deren Zufuhr aufgrund der Kriegserklärung Amerikas abgeschnitten ist. „Wir Deutschen müssen unseren Stolz dareinsetzen, genügend Nesselfasermengen herbeizuschaffen, denn, genau so wenig uns der Engländer auszuhungern vermochte, darf uns der Amerikaner mit Gespinnstfasern kaltstellen.“

8. November 1918 – Erhard Auer: Die SPD hat den Umsturz nicht vorbereitet!

München * Der SPD-Führer Erhard Auer macht noch einmal deutlich, dass die Sozialdemokraten den Umsturz nicht vorbereitet haben. In seiner Erklärung sagt er: „Unter dem Druck der fürchterlichen Drangsale des deutschen Vaterlandes hat sich die gestrige Kundgebung ohne unser Zutun zu einem Willensakte gesteigert, mit dem alle Teile der Bevölkerung rechnen müssen.“

8. November 1918 – Polizeipräsident Rudolf von Beckh unterwirft sich der Revolution

München-Kreuzviertel * Der Münchner Polizeipräsident Rudolf von Beckh gibt um 1:25 Uhr die Erklärung ab, dass er sich verpflichtet, „bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den



Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. [...]“

9. November 1918 – Der fingierte Thronverzicht

Berlin * Während in den meisten großen deutschen Städten rote Fahnen über den Regierungsgebäuden und Residenzen wehen, beginnen in Berlin die Auseinandersetzungen erst. Die Lage spitzt sich dramatisch zu, als die Revolutionären Obleute für diesen Tag große Demonstrationen angekündigt haben. Die Bewegung droht der Regierung und den Mehrheitssozialdemokraten endgültig zu entgleiten. Reichskanzler Max von Baden befürchtet, dass die Demonstranten siegen und ihrerseits die Absetzung des Kaisers ausrufen könnten. Deshalb veröffentlicht er mittags um 12 Uhr völlig eigenmächtig eine Erklärung, in der darstellt, dass sich der Kaiser des Deutschen Reichs und zugleich König von Preußen entschlossen hat, dem Thron zu entsagen. Gleichzeitig überträgt der Prinz von Baden an den sozialdemokratischen Parteiführer Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers, um die Staatsführung vor dem revolutionären Zugriff zu bewahren.

10. November 1918 – General Wilhelm Groener gibt eine Loyalitätserklärung ab

Spa - Berlin * Der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung - OHL, Wilhelm Groener, gibt eine Loyalitätserklärung gegenüber Reichskanzler Friedrich Ebert ab und bietet ihm die Unterstützung der Reichswehr an. Im Gegenzug verlangt er von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und die Ausschaltung der Soldatenräte. Ebert lässt sich auf diesen Bündnisvorschlag ein, da er damit die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin in Schach halten und das Offizierskorps ohne Reibungsverluste vom Kaiserreich in die neue Demokratie hinüber retten kann.

10. November 1918 – Die Suche nach dem geflüchteten König

München - Schloss Wildenwart * Ex-Ministerpräsident Otto von Dandl verlässt gemeinsam mit dem Ex-Staatsrat für militärische Angelegenheiten, Maximilian von Speidel, und einer vierköpfigen Eskorte der Revolutionsregierung die Landeshauptstadt. Sie sollen mit dem abgesetzten König Ludwig III. über die Lösung des Beamten- und Offiziersdienstes verhandeln. In der vorbereiteten Erklärung, die der König unterschreiben soll, heißt es: „Die neuen Zeiten veranlassen mich, für meine Person und alle Familienmitglieder des Hauses Wittelsbach dem Throne und allen dynastischen Ansprüchen zu entsagen. Ich verpflichte mich, in



meinem und meiner Familie Namen, nichts zu unternehmen, was die friedliche und gedeihliche Entwicklung des jungen Volksstaates stören könnte.“ Die Delegation trifft den Ex-König aber nicht mehr an, da er Schloss Wildenwart bereits in Richtung Anif bei Salzburg verlassen hat.

12. November 1918 – Eine Rücktrittserklärung ohne das Wort Abdankung

Schloss Anif * In der Nacht vom 12. zum 13. November treffen sich der ehemalige Ministerpräsident Otto von Dandl und der Noch-Monarch Ludwig III. in Schloss Anif. Sie erarbeiten eine Rücktrittserklärung, bei der das Wort Abdankung vermieden wird, aber der König dennoch auf die Herrschergewalt in Bayern verzichtet. Andererseits wird weder der Anspruch des Hauses Wittelsbach auf die Krone aufrecht erhalten, noch die Beibehaltung der monarchischen Staatsform reklamiert. Mit dieser Erklärung können beide Seiten letztlich sehr gut leben.

14. November 1918 – Der Thronverzicht von König Ludwig III. wird veröffentlicht

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat des Freistaats Bayern veröffentlicht die Rücktrittserklärung von König Ludwig III.. Alle Regierungsmitglieder mussten zuvor den Rücktritt durch ihre Unterschrift quittieren. In der Veröffentlichung heißt es: Der Ministerrat nimmt „den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis“. Und weiter: „Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.“

15. November 1918 – Kurt Eisner und die Sozialisierung

München * In seinem Programm der Bayerischen Republik bringt Ministerpräsident Kurt Eisner seine Position zur Sozialisierung zum Ausdruck: „Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist“. Seine Hauptsorge ist die Wiederherstellung der Ordnung und die Gewinnung des Vertrauens seiner Regierung.

15. November 1918 – Räte als Grundlage der neuen Demokratie

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner sieht in den Räten die Grundlage für sein



Konzept einer neuen Demokratie. In seiner Regierungserklärung erklärt er, dass die Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung noch vor der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung erreicht werden soll. Kurt Eisner will die Demokratisierung über eine Art Nebenparlament herbei führen, mit dem er auch bürgerliche Kreise zur Mitwirkung am Aufbau des neuen Staates gewinnen wollte. Dieses Nebenparlament sollte ihre Interessen sowohl gegenüber dem provisorischen Zentralparlament als auch gegenüber der Regierung einbringen können. „Ich habe vom ersten Tag der Revolution an in dem System der Räte die große Schule der Demokratie und des Sozialismus gesehen und glaube nicht, dass wir in Deutschland weiterkommen können, wenn wir nicht dieses System der Räte entwickeln [...] und dadurch das Volk mündig machen zur Entscheidung über sein Schicksal. Nicht die Politik des Wahlzettels tut es allein. [...] Das hindert nicht, dass auch die Politik des Wahlzettels notwendig ist, aber das Rätensystem [...] soll den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein.“

15. November 1918 – Kurt Eisner hält seine erste Regierungserklärung

München-Kreuzviertel * Kurt Eisner hält vor dem Provisorischen Nationalrat seine erste Regierungserklärung, in der er darstellt, dass noch niemals eine Regierung in schwierigeren Zeiten ihr Amt übernommen hat, dass wir verhängnisvoll belastet sind mit einem fluchwürdigen Erbe, das mit dem Zusammenbruch des verfallenen Systems nicht zugleich ausgetilgt ist.

15. November 1918 – Kurt Eisners Regierungsprogramm

München * Die von der Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlichte Kundgebung trägt unverkennbar die schwärmerisch-idealistische Handschrift von Kurt Eisner. Der Aufruf „An das bayerische Volk“ mit seinen konkreten Hinweisen wird von den Zeitgenossen „wegen der realistischen Zustandsbeschreibung und der Ausgewogenheit der darin angekündigten Maßnahmen“ als offizielles Regierungsprogramm verstanden und findet selbst bei der bürgerlichen Presse positive Aufnahme. Darin wird einerseits die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleistet. Andererseits fordert Eisner die gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz mit fachmännischer Schulaufsicht wird darin angekündigt. Das bedeutet die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und damit die Ausschaltung des bisherigen starken kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Neu stellen sich auch die Fragen der staatlichen Alimentierung, der steuerlichen Behandlung und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche sowie der Besetzung der Bischofsstühle und der Pfarreien.



1. Dezember 1918 – Das Verkehrspersonal will die Nationalratswahl

München * Der Verband des bayerischen Verkehrspersonals gibt eine offizielle Erklärung heraus, in der er die weitere Zusammenarbeit mit der Regierung von der baldmöglichen Wahl zur Nationalversammlung abhängig macht. „Verzögerung [...] bedeutet Unordnung und Zerfall, Anarchie und Bürgerkrieg.“

1. Dezember 1918 – Prof. Foerster fürchtet die bayerische Entwicklung

München * Der sich in München aufhaltende bayerische Gesandte in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, veröffentlicht eine Erklärung mit der Überschrift „Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern“, in der er sich tief enttäuscht über die Entwicklung in München äußert. Er befürchtet eine Entwicklung zur Vorherrschaft durch die revolutionären Räte.

„Dass aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht. [...] Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren. Und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.“

2. Dezember 1918 – Eisner zur Wahl der Nationalversammlung vor den Soldatenräten

München * Auf der Sitzung der Soldatenräte gibt Ministerpräsident Kurt Eisner eine Regierungserklärung ab. In dieser verkündet er: „Die Volksregierung Bayern wird ihr Versprechen, die Nationalversammlung so rasch als möglich einzuberufen, einlösen.“ Die Aussage wird von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

18. Dezember 1918 – Die Protesterklärung der Bayerischen Bischofskonferenz

München * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber reagiert auf die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918 überraschend pragmatisch und ist sogar bereit, die Schulaufsicht kampflos aufzugeben. Auf der Bayerischen Bischofskonferenz erstellen die Bischöfe allerdings eine gemeinsame Protesterklärung gegen die schulpolitischen Maßnahmen der Revolutionsregierung. Die Bischöfe beklagen darin die einseitige Verletzung des im Konkordat anerkannten Rechts und betonen die langjährige und treue Mitarbeit der Kirche im Erziehungswesen.



20. Dezember 1918 – Den Vatikan über die Protesterklärung zur Schulaufsicht informiert

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri über Protesterklärung des bayerischen Episkopats gegen die vom bayerischen Ministerrat erlassene „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918.

26. Dezember 1918 – Die Zeitungsbesetzer geben den Vorwärts wieder frei

Berlin * Nach langwierigen Verhandlungen geben die Zeitungsbesetzer den Vorwärts wieder frei. Das allerdings unter der Auflage, dass in der nächsten Ausgabe eine Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt werden muss.

27. Dezember 1918 – Der Vorwärts druckt die Erklärung der Revolutionären Obleute

Berlin * Im SPD-Organ Vorwärts wird die Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt. In dieser heißt es, dass die Zeitung „in der letzten Zeit in schamlosester Weise alle ehrlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft“ habe.

30. Dezember 1918 – Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten

Berlin * Die aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschiedenen USPD-Mitglieder Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth geben eine öffentliche Erklärung für den Grund ihres Ausscheidens ab: Darin erklären sie, dass sie diesen Schritt an dem Punkt unternahmen, „wo sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten zu verhindern“.

25. Januar 1919 – Der obligatorische Religionsunterricht wird abgeschafft

München-Kreuzviertel * Die bayerische Revolutions-Regierung beseitigt den obligatorischen Religionsunterricht. Kinder dürfen demnach nicht mehr gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme am Religionsunterricht und am Gottesdienst angehalten werden. Zur Freistellung vom Religionsunterricht genügt eine einfache Willenserklärung der Eltern.



28. Januar 1919 – Die bayerischen Bischöfe drohen mit Exkommunikation

Freistaat Bayern * Die bayerischen Bischöfe veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der die Erklärung des Religionsunterrichts zum Wahlfach als neue kulturkämpferische Gewalttat bezeichnet wird. Die Maßnahme werde „Familienstreitigkeiten, endlose Beunruhigung unseres Volkes und zunehmende sittliche Verwilderung der Jugend“ zur Folge haben. Eltern, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden, droht die Exkommunikation und der Ausschluss vom kirchlichen Begräbnis.

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

15. Februar 1919 – Die Ministerkrise wird für beendet erklärt

München-Ludwigsvorstadt * Die Ministerkrise, die Albert Roßhaupter durch seinen Aufruf an die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ ausgelöst hat, ist beendet. Ministerpräsident Kurt Eisner gibt gegenüber dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eine entsprechende Erklärung ab.

18. Februar 1919 – Kritik am Vollzugsausschuss, Landessoldatenrat sowie an Kurt Eisner

München * In einer Erklärung des 1., 2. und 3. Fußartillerie-Regiments stellen sich



diese gegen den Vollzugsausschuss und den Landessoldatenrat sowie gegen Kurt Eisner. Dafür unterstützen sie den Minister für militärische Fragen, Albert Roßhaupter.

2. März 1919 – Die Münchner Kasernenräte stellen sich hinter die neugewählte Regierung

München * In einer Erklärung geben die Münchner Kasernenräte bekannt, dass sie sich hinter die neugewählte Regierung stellen wollen.

18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schnepfenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialisierungspolitik zu erwarten ist.

21. März 1919 – Otto Neurath stellt dem Ministerrat sein Sozialisierungskonzept vor

München * Der Wiener Philosoph, Sozialdemokrat und Nationalökonom Otto Neurath stellt auf



Betreiben des USPD-Ministers für Handel und Gewerbe, Josef Simon, dem bayerischen Ministerrat seine Sozialisierungspläne vor. Simon leitet damit den entscheidenden Schritt zur Umgestaltung der bayerischen Ökonomie ein, wie sie Ministerpräsident Johannes Hoffmann in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Otto Neurath ist ein Verfechter der Planwirtschaft. Er will die gesamte gesellschaftliche Produktion in Bereiche einteilen, alles nach sozialistischen Grundsätzen erzeugen und verteilen, und so die Versorgung jedes einzelnen mit Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen gewährleisten. Die Bedarfsdeckung der Bevölkerung und nicht der Reingewinn der Unternehmen stehen im Vordergrund seiner Wirtschaftstheorie. „So wie man die Volkswirtschaft durch ein Hindenburg-Programm dem Kriege dienstbar machen konnte, müsste man sie auch dem Glück aller dienstbar machen können.“ Otto Neurath erhält den Auftrag, seine Pläne im Sozialisierungsausschuss und im Landtag zu erklären.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

8. April 1919 – Die Republikanische Schutztruppe unterstützt die Räterepublik

München * Alfred Seyfferitz, der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, gibt eine Erklärung für seine Einheit ab, dass sie - ebenso wie die gesamte Münchner Garnison - „hinter der sozialistisch-kommunistischen Räterepublik“ steht.



10. April 1919 – Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich

München * Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich in Erklärungen gegen die in Flugblättern erhobenen Vorwürfe, dass die Juden die eigentlichen Triebkräfte der Revolution sind.

10. April 1919 – Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns

München * Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns gibt folgende Erklärung ab: „Die Räterepublik ist ausgerufen. Das Volk hat die Macht übernommen. Der Kapitalismus wird vernichtet. Frei soll die Schule sein. Das Zerrbild des Armen, abhängigen Schulmeisters ist für immer vernichtet. Jetzt sind auch wir frei von Kirche und Juristerei. Helft mit am Siege der Räterepublik!“

13. April 1919 – Landauer, Toller und Klingelhöfer bieten ihre Mitarbeit an

München * Gustav Landauer gibt eine öffentliche Erklärung ab, in der er die neue Lage anerkennt und seine Mitarbeit anbietet. Gleiches gilt für Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer.

19. April 1919 – Fake News - Die Propaganda der Gegenrevolution

München - Berlin * Nach dem Palmsonntag-Putsch der regierungstreuen Truppen dominiert außerhalb Münchens die Propaganda der Konterrevolution. Der USPD-Politiker Felix Fechenbach liest Berliner Zeitungen und notiert in sein Tagebuch: „Es ist grauenvoll, was alles über München gelogen wird. Der Bahnhof zertrümmert, die Neuhauser Straße in Flammen, Massenmorde, Vermögensbeschlagnahme und die Erklärung der Frauen des Bürgertums zum Gemeineigentum. [...] Wahr ist von all diesen Nachrichten nicht ein Wort.“

26. April 1919 – Die Vorwürfe Ernst Tollers in der Neuen Zeit

München * In der Neuen Zeitung vom 30. April wird die Anklage Ernst Tollers im Hofbräuhaus-Parlament wiedergegeben. „Bei jeder Aktion wird nicht gefragt, ob sie die Lage unserer besonderen Verhältnisse, den Anschauungen der großen Masse unserer arbeitenden Bevölkerung, der Sorge für unsere Gegenwart und Zukunft entspricht, sondern nur, ob sie den



Lehren des russischen Bolschewismus gemäß ist, ob Lenin oder Trotzki so oder so im gleichen Falle verfahren würden. [...] Wir Baiern sind keine Russen!“. Außerdem verurteilt Ernst Toller, dass das Volk über die wirkliche Lage im Unklaren gelassen wird und veröffentlicht eine Erklärung dazu.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens verabscheuen den Geiselmord

München * In einer in Flugblättern veröffentlichten Erklärung distanzieren sich die Betriebs- und Soldatenräte Münchens von den „bestialischen Handlungen (Erschießung von Geiseln im Gymnasium)“ und erläutern, dass sie „in keiner Weise verantwortlich sind. Die Betriebs- und Soldatenräte sprechen einstimmig ihren tiefsten Abscheu über solche unmenschliche Taten aus. Sie versprechen, die in der Versammlung am 30. April 1919 anwesenden Führer Toller, Maenner und Klingelhöfer, die nur im Auftrag des Proletariats gehandelt haben, in jeder Weise zu decken“.

3. Mai 1919 – Die Truppen der Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde

München * Die SPD lässt folgende Erklärung in den Münchner Zeitungen veröffentlichen: „Jene wahnwitzige Politik des Terrors und der Gewalt, die München in Gegensatz stellte zum ganzen Land, die den Bürgerkrieg in Bayern entbrennen ließ, hat das schlimme Ende gefunden, das vorauszusehen war. [...] Die Truppen der sozialistischen Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde der Arbeiterschaft, nicht als ‚Weiße Garde‘, sondern als Schützer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, ohne die ein Neuaufbau im sozialistischen Sinne nicht möglich ist. Arbeiter, helft den Soldaten bei ihrer schweren Aufgabe!“

10. Mai 1919 – Ministerpräsident Hoffmann verteidigt seine Entscheidungen

Bamberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann gibt eine öffentliche Erklärung ab. Darin bringt er zum Ausdruck: „Schrecklich ist der Krieg, am schrecklichsten der Bürgerkrieg. Entsetzliche Bluttaten sind in München geschehen, Verbrechen auf beiden Seiten. Das unschuldig vergossene Blut der grausam ermordeten Geiseln schreit zum Himmel. Die Kunde von der Erschießung der 21 friedlichen Bürger durch wahnsinnig erregte Soldaten erfüllte uns mit tiefstem Entsetzen.“ Im gleichen Atemzug verteidigt Hoffmann die Rückendeckung seiner Regierung für die Regierungstruppen mit der Behauptung, man habe monatelang Geduld walten lassen und damit nichts erreicht, als den „blutigen Taten einer Diktatur der Gewalt“ Tür und Tor zu öffnen. Auf den „Terror des Kommunismus und der Roten Armee“ kann man nur mit Kampf



und nicht mit Verständigung antworten.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. Februar 1925 – Das Verbot der NSDAP wird in Bayern aufgehoben

München * Der Ausnahmezustand und das Verbot der NSDAP werden in Bayern aufgehoben. Damit ist der Weg für eine Parteineugründung frei. Das auch, nachdem Hitler dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held [BVP] die Erklärung gegeben hatte, nur mehr im Rahmen der Verfassung agieren zu wollen.

23. März 1933 – Das Christentum als unerschütterliche Grundlage des Dritten Reiches

Berlin * Adolf Hitler stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass die Reichsregierung im Christentum die „unerschütterliche Grundlage des Dritten Reiches“ erblicke.

26. April 1933 – Die SPD protestiert gegen die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger

München-Graggenau * Die SPD protestiert gegen die Ernennung des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Reichsstatthalters Franz Ritter von Epp zu Münchner Ehrenbürgern. Das ist der Anlass, weshalb die NSDAP-Stadträte die SPDler bei der nächsten Sitzung aus dem Sitzungssaal prügeln werden. In einer Erklärung lehnt die NSDAP „jede weitere Zusammenarbeit mit den marxistischen Arbeiterverrätern“ ab. Die SPD-Stadträte fordert sie auf, „sofort und ein für allemal aus der Gemeindevertretung zu verschwinden“.



5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedernerneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

9. Juni 1939 – Pater Rupert Mayer gibt bei der Gestapo eine Erklärung ab

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer gibt anlässlich einer Vorladung bei der Gestapo folgende schriftliche Erklärung ab: „Ich erkläre, daß ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbotes nach wie voraus grundsätzlichen Erwägungen heraus predigen werde. Ich werde auch weiterhin in der von mir bisher geübten Art und Weise predigen, selbst dann, wenn die staatlichen Behörden, die Polizei und die Gerichte meine Kanzelreden als strafbare Handlungen und als Kanzelmißbrauch bewerten sollten.“

1. September 1939 – Der Beginn des Zweiten Weltkrieges

Deutsches Reich - Polen * Deutschland überfällt Polen ohne Kriegserklärung. Damit beginnt der Zweite Weltkrieg.



3. September 1939 – Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg

London - Paris - Berlin * England und Frankreich erklären Deutschland den Krieg.

16. Dezember 1941 – Das Sommerhaus der Familie Haas in Bernried wird arisiert

Bernried * Das Sommerhaus der Familie Haas in Bernried wird arisiert. Neuer Besitzer ist das „Deutsche Reich, vertreten durch den Oberfinanzpräsidenten in Berlin, erworben kraft Verfallserklärung infolge Ausbürgerung“.

27. Juni 1962 – Die Mitglieder des Stadtrats stellen sich hinter die Münchner Stadtpolizei

München-Graggenau * In einer Interfraktionellen Erklärung stellen sich nahezu alle Mitglieder des Stadtrats hinter die Münchner Stadtpolizei.

6. November 1964 – Beatles sprechen sich gegen Rassentrennung aus

USA * In einer Presseerklärung verkündeten die Beatles: „Wir werden nirgendwo auftreten, wo Schwarzen nicht erlaubt ist, dort zu sitzen, wo sie wollen.“ Damit sind sie die erste Band, die sich in den USA gegen die Rassentrennung wendet, was damals schon eine Menge Mut erfordert. Die vier Musiker haben erfahren, dass „schwarze Fans“ bei Konzerten nur in den oberen Rängen sitzen durften. Die „rassistisch motivierte zwangsweise Trennung von Menschen biologisch unterschiedlicher Menschengruppen“, auch Rassen genannt, im Bereich des täglichen Lebens war in den Südstaaten der USA bis in die späten 1960er-Jahre verbreitet, in Südafrika als Apartheid sogar bis 1990. Dabei gibt es gar keine menschlichen Rassen.

24. April 2006 – Der Kirchenaustritt stellt den Tatbestand des Schismas dar

Würzburg * Die Deutsche Bischofskonferenz stellt in einer Erklärung fest, dass der Austritt aus der katholischen Kirche den Tatbestand des Schismas darstellt und die Strafe der Exkommunikation nach sich zieht.
